

Stenographischer Bericht

über die

3. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 13. Juni 1919.

Inhalt:

Abwesenheitsanzeigen.

Angelobungen.

Ansprache des Landeshauptmannes.

Kündigung der dem Deutschösterreich gestellten Friedensbedingungen.

Erklärung des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Uhrer namens der christlichsozialen Partei.

Erklärung des Abg. Dr. Schacherl namens der sozialdemokratischen Partei.

Erklärung des Landesrates Wastan namens des steirischen Bauernbundes.

Antrag der Abg. Dr. Uhrer, Pongraf, Doktor Klusemann und Genossen, betreffend die Bestimmungen des Friedensentwurfes von St. Germain für Deutschösterreich und Steiermark.

Dringliche Behandlung und einstimmige Annahme des Antrages.

Verfagung des Landtages.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 45 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Anton Rinkelen.

Schriftführer: Die Abg. Karl Gföller, August Lindner und Franz Thoma.

Landeshauptmann: Ich eröffne hiemit die dritte Sitzung des steiermärkischen Landtages und erlaube mir, insbesondere den Herrn Staatssekretär Matthias Ederich auf das Wärmste zu begrüßen.

Entschuldigt haben sich die Herren Abg. Karl Hartleb, Ferdinand Herzog und Frau Abg. Cécilie Nemeec.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, habe ich zuerst noch die Angelobung der Herren Abg. Doktor Michael Schacherl und Dr. Arnold Eisler vorzunehmen.

Ich bitte die Herren, indem ich die Formel zuerst verlese, die Angelobung zu leisten (liest):

Wir geloben der Republik Deutschösterreich und dem Lande Steiermark unverbrüchliche Treue, feste und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten als Mitglieder des Landtages.

(Über Aufruf leisten die Abg. Dr. Arnold Eisler und Dr. Michael Schacherl die Angelobung.)

Ich gehe jetzt auf den eigentlichen und einzigen Punkt der Tagesordnung ein.

Hohes Haus! Auf die erste Runde von den Deutschösterreich auferlegten Friedensbedingungen hat der Landesrat folgende Erklärung beschlossen (liest):

Die steiermärkische Landesregierung gibt im Vereine mit dem versammelten Landesrate ihrer Enttäuschung und ihrem Schmerze über die nach den bisherigen Nachrichten von den Ententemächten beabsichtigte Vergewaltigung unserer Republik Ausdruck und verweist unter Protest darauf, daß diese im schreienden Gegensatz zu den Wilsonschen Friedenspunkten stünde. Insbesondere vermag die Landesregierung mit dem versammelten Landesrate nicht zu glauben, daß rein deutsche Gebiete und Städte unter Fremdherrschaft gelangen sollen, wie das besonders auch bei Radkersburg und Marburg und dem Abfallerbecken nach den bisherigen Berichten der Fall sein soll. Eine derartige schreiende brutale Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker könnte nie zu gutem, am allerwenigsten zum ewigen Frieden führen, wie er nach den Wilsonschen Punkten erstrebt werden soll. Die Landesregierung mit dem versammelten Landesrate vermag nicht zu glauben, daß ein so krasses Unrecht an uns Deutschen verübt, daß uns unter dem Namen eines gerechten Friedens große Teile unserer Nationsangehörigen entzissen und die

Lebensfähigkeit unserer freien Republik derart unterbunden werden soll. Das wäre ein Frieden der Gewalt, diktiert von Eroberern. Zum Schlusse erklärt sie, komme was immer, die alpenländischen deutschen Bewohner werden sich stets eins fühlen mit ihren Brüdern und Schwestern in den unterländischen Gebieten. Sie entbietet diesen in entscheidungsschwerer Stunde die herzlichsten Grüße und Versicherung der unwandelbaren Treue und fordert unsere Abgesandten bei der Friedenskonferenz eindringlichst auf, alles daran zu setzen, unseren so tief verletzten Rechten doch noch in letzter Stunde mit dem Aufgebote aller Kraft zum Durchbruche zu verhelfen."

Ich habe diese Kundgebung dem Staatsamte des Außern zur Kenntnis gebracht.

Bald darauf einlangende Nachrichten brachten die kaum faßliche Gewißheit, daß die ersten Mitteilungen der Friedensbedingungen die Wahrheit nur zum geringsten Teile wiedergegeben haben. Es scheint, unsere Feinde wollen unser durch Waffengewalt und Hunger bezimiertes Volk durch Unterbindung aller Lebensbedingungen dem gänzlichen Untergange preisgeben.

Wir wollen es aber gleichwohl heute noch nicht glauben, daß Völker, die den Kampf gegen den Imperialismus auf ihre Fahne schrieben, die feierlich erklärt haben, für Recht und Menschlichkeit zu kämpfen, sich als Sieger an unserem Untergang ein Schauspiel bereiten wollen, wie es nur das an seiner Weltherrschaft zugrunde gegangene kaiserliche Rom eronnen hat.

Deshalb wollen wir in letzter Stunde unsere Stimme erheben, nicht um Gnade flehend, sondern die Sieger warnend vor dem Übermaß ihrer Forderungen.

Zu dieser Kundgebung lade ich die Parteien des hohen Hauses ein. Zum Worte hat sich zunächst gemeldet Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer: Im Namen und im Auftrage des christlichsozialen Klubs und steirischen Landtages habe ich folgendes zu erklären:

Seit vielen Jahrhunderten, seitdem es beglaubigt Aufzeichnungen über die Geschichte unserer Heimat gibt, war die Steiermark ungefeilt. Sie ist eines der wenigen Länder des alten Österreich, das seine Grenzen nicht geändert hat, das geblieben ist, wie es war.

Wenn nun auch von uns das Recht der Selbstbestimmung der Völker voll und ganz anerkannt wird, und zwar auch für das slowenische Volk, so hat sich auf der anderen Seite der Staat der SHS beim Um-

sturze im Vorjahre weiser Gebiete bemächtigt, weiter Gebiete, die von Deutschen seit Jahrhunderten bewohnt sind, zu deren Kultivierung das deutsche Volk Steiermarks in Erfüllung seiner weltgeschichtlichen Mission ebenso schwere Opfer gebracht hat, wie zur Hebung des Verkehrs im Unterlande durch Straßen und Bahnbauten, wie zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Kultur, besonders des Weinbaues. Das Deutschum Steiermarks, stets zum Zusammengehen mit dem Nachbarvolke bereit, wurde in der schmerzlichsten und brutalsten Weise vergewaltigt. Der provisorische Landtag hat wiederholt energisch und feierlich vor der ganzen Welt gegen die Besetzung rein deutschen Gebietes durch SHS Protest erhoben. Wir haben es dagegen verschmäht, die Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen; genug des Blutes war nach unserer Ansicht geflossen.

Der Friede, der der Welt gebracht werden sollte, er sollte auch für unsere Heimat kein Diktatfriede, kein Friede der Maschinengewehre und Kanonen sein, sondern ein Völkerfrieden des Rechtes und der Gerechtigkeit. Präsident Wilson und sein Selbstbestimmungsrecht der Völker waren die Hoffnung der Steirer. Steiermark erwartete vom Präsidenten Wilson sein Recht und nichts als sein Recht. Die in Steiermark anwesend gewesene amerikanische Mission hatte es ausdrücklich versichert.

Der der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain überreichte Friedensentwurf bedeutet nun nicht nur das Ende der einheitlichen Steiermark, er bedeutet vielmehr eine glatte Verleugnung des Programmes über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, er bedeutet die Vergewaltigung von mehr als 80.000 Deutschen im Lande, die unter nationale Fremdherrschaft gelangen sollen, den Verlust weiten deutschen Gebietes und einen furchtbaren Faustschlag ins Angesicht des Rechtes.

Die neuesten Erklärungen des Friedensentwurfes in der Presse der assoziierten Staaten lassen zwar die Vermutung offen, daß in der Frage der Grenzbestimmung zwischen SHS und Deutschösterreich das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Was aber bis jetzt bekannt ist, bedeutet die Vernichtung der deutschen Hoffnungen und nicht mehr und nicht weniger, als einen unerhörten Rechtsbruch. Den Jugoslawen soll eine Grenze zugestanden werden, die ganz unmöglich ist. Wenn nun auch dieselbe, wie schon erwähnt, noch nicht festgelegt ist, so wird sie doch von den Jugoslawen ge-

fordert, von den Jugoslawen, die ihre Erpressungen in Kärnten auch bereits mit Waffengewalt selbst gegenüber der Entente durchgesetzt haben.

Erreichen die Jugoslawen ihre Forderungen, dann geschieht an den Deutschen des Landes ein himmelstreichendes Unrecht. Wie schon festgestellt, würden 80.000 Deutsche in jugoslawische Gefangenschaft geraten, sie würden ihrer Volkszugehörigkeit beraubt und vom Mutterlande losgerissen. Jahrhunderte alte blühende deutsche Gemeinwesen würden uns entrissen, ein Raub am Rechte und am Besitzstande des Volkes, wie ihn die Weltgeschichte bisher nicht kennt. Selbst die berühmte Kabinetts- und Völkerpolitik Napoleons ging nicht so weit.

Ebenso, wie in nationaler Hinsicht, wo das uns angefallene Unrecht offen zutage liegt, hält die Annahme des Friedensentwurfes in wirtschaftlicher Hinsicht einer objektiven Überprüfung nicht stand. Nicht nur die blühenden Städte Cilli, Marburg und Pettau, Radkersburg gehen den Deutschen verloren. Wir sollen auch die Wasserkrafts der Untersteiermark, zu deren Nutzbarmachung das Land große Summen aufgewendet hat, nebst vielen anderen Werken verlieren.

Wir halten es für ganz unmöglich, daß die Machthaber der Entente sich der ganzen Tragweite der Forderungen des Staates SHS bewußt waren. Wäre dies der Fall gewesen, so könnte ein so krasses Unrecht an uns überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden sein. Die Deutschen Untersteiermarks werden niemals freiwillig Bürger Jugoslawiens werden. Diese Empfindung, hinter der das ganze deutsche Volk der Steiermark steht, ist das Resultat jahrhundertlanger Zusammengehörigkeit, gestärkt durch die Erläuterung des furchtbarsten aller Kriege. Unsere Brüder im Unterlande mußten deshalb ungeheure Verfolgungen und Unterdrückungen ertragen, Plünderungen, wie im Feindesland, waren und sind an der Tagesordnung, die deutschen Beamten und Angestellten wurden gegen Recht und Herkommen entlassen, sogar ihrer gesellschaftlichen Ruhegenüsse beraubt, tausende aus der Heimat verwiesen. Der deutsche Sprachunterricht wurde selbst in rein deutschen Gebieten abgeschafft, Priester aus deutschen Gebieten wurden verhaftet und eingekerkert, weil sie in deutscher Sprache predigten. Will Präsident Wilson von seinem Grundsatz, nicht die Völker sondern ihre Regierungsformen zu bekämpfen, abgehen? Will die Entente diese schweren Ungerechtigkeiten, diese Verbrechen gegen das Völkerrecht gut heißen? Soll das Unrecht im Friedensvertrage verewigt werden?

Der Friedensvertrag von St. Germain ist unannehmbar! Gegenüber den Forderungen des Staates SHS erheben wir feierlich Protest. Wir wenden uns an das Gewissen und den Rechtsinn aller freien Völker des Erdkreises und bitten sie, nicht zu dulden, daß ein freies, friedliebendes Volk vergewaltigt werde. Wir bitten sie, aber auch eingedenk zu sein, der Kräfte, die im deutschen Wesen ruhen. Wir wollen einen dauernden Frieden, einen Frieden des Rechtes. Wir fordern deshalb das Recht der Selbstbestimmung auch für unser deutsches Steirervolk und Volksabstimmung im ganzen strittigen Gebiete. Möge die zivilisierte Welt dem Steirerlande Gerechtigkeit zuteil werden lassen! (Lebhafter Beifall. — Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Zum Worte gelangt nunmehr Herr Abg. Dr. Schacherl.

Abg. Dr. Schacherl: Geehrte Damen und Herren! Im Namen des sozialdemokratischen Klubs des steiermärkischen Landtages habe ich folgende Erklärung abzugeben:

An berufener Stelle, in der konstituierenden Nationalversammlung der deutschösterreichischen Republik durch den Staatssekretär für Äußeres und durch die Vertreter aller Parteien sowie in St. Germain durch den Staatskanzler, ist es in überzeugender und erschütternder Weise nachgewiesen worden: Das Friedensdiktat der Entente schlägt dem Rechte der Selbstbestimmung der Völker ins Gesicht und macht sowohl durch den Verlust fruchtbarer Erde, hochentwickelter Industriegebiete und Bergwerke, als durch die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Bedingungen das Leben des deutschösterreichischen Staates und seines Volkes unmöglich.

Wir Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der zum erstenmal nach dem Willen des gesamten Volkes frei gewählten Landesvertretung der deutschen Steiermark, schließen uns der sozialdemokratischen Erklärung in der Nationalversammlung vom 7. Juni 1919 von Herzen an und erklären unsere volle Solidarität mit dem Schicksale des gesamten deutschen Volkes, mit dem Schicksal ganz Deutschösterreichs und jedes seiner bedrohten Teile. Heute aber fühlen wir uns sowohl verpflichtet als berechtigt, insbesondere an das arbeitende Volk der Slowenen, Kroaten und Serben den dringenden Mahnruf zu richten, sich mit den imperialistischen Eroberungsgelüsten ihrer herrschenden Klassen nicht einverstanden zu erklären.

Wir fühlen uns berechtigt dazu, weil wir deutschen Sozialdemokraten in Steiermark stets gegen jede Unterdrückungspolitik aufgetreten und selbst während

des Krieges auf alle Gefahr hin den nationalistischen Denunziationsorgien und den Verbrechen der k. k. Militärjustiz gegen das slawische Volk entgegengetreten sind. Es wäre höchste Ungerechtigkeit, für jene verblendete Gewaltpolitik das daran unschuldige, arbeitende deutsche Volk so furchtbar büßen zu lassen! Es wäre ebenso Heuchelei, vergessen zu machen, daß die Slowenen, Kroaten und Serben in diesem den Völkern des alten Österreich-Ungarn von den verbrecherischen Mächten des Monarchismus, des Militarismus und Kapitalismus aufgezwungenen Kriege ebenso wie die Deutschen die Schlachten der Habsburger geschlagen haben, so daß sie, wenn die Deutschen deshalb schuldig sind, ebenso die Mitschuldigen sind und keinerlei Anspruch erheben können, von der Entente als Freunde behandelt und mit dem Raube urdeutscher Teile der Steiermark belohnt zu werden. (Rufe: Sehr richtig!) Wir können und wollen es nicht glauben, daß die südslawischen Arbeiter und Bauern es so rasch vergessen haben können, wie hart jede Unterdrückung ist, wie bitter und unerträglich es ist, Gewalt zu leiden, und richten deshalb an sie den Appell, nicht zuzulassen, daß neues Unrecht gesetzt, neue und größere Gewalttat begangen werde. Wir wollen in aller Zukunft in Frieden mit der Welt und daher vor allem mit unseren nächsten Nachbarn leben, wir gönnen ihnen ihren selbstständigen Nationalstaat, aber wir verlangen, daß er sich nicht auf geraubten Boden erstreckt, rein deutsche Städte und Märkte und Zehntausende werktätiger Deutschen der nationalen Fremdherrschaft überliefere und die deutsche Steiermark der Verelendung preisgebe. Nur national und politisch freie, wirtschaftlich befreite Völker können nebeneinander in Ruhe leben, damit wenigstens die kommende Generation die furchtbaren Wunden vernarben sehe, die der verruchte Krieg der Dynastien, der Militarische und des Kapitalismus allen Völkern Europas geschlagen hat.

Nichts hoffen wir von der Einsicht der herrschenden Bürgerklasse in Frankreich, England, Italien und Amerika, nichts von dem Appell an die Solidarität der Religionen. Die einzige Hoffnung, die wir auf dem Grabe der europäischen Wohlfahrt aufpflanzen, ist die Hoffnung auf das Erwachen des Gewissens der arbeitenden Klassen, sowohl im benachbarten südslawischen Staate als in den Staaten des Westens und Südens, ist die Hoffnung auf die Wiedergeburt der internationalen Interessengemeinschaft der Arbeiter aller Staaten, der Sieger wie der Besiegten.

Mit unbewaffneten Händen treten wir der Entente

und der jugoslawischen Regierung entgegen: Wir können, aber wir wollen auch keinen Krieg mehr führen — aber deshalb sind wir nicht wehrlos, denn wir halten hoch in unseren Händen das unveräußerliche Recht, das von der Gewalt vorübergehend gebeugt, aber nicht gebrochen werden kann. (Lebhafte Bravourse. — Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wastian.

Abg. Wastian: Hoher Landtag! Mit würgendem Entsetzen packt uns die Ungeheuerlichkeit der bisher kundgewordenen Bedingungen des Friedens von St. Germain. Wer sich im Angesichte eines solchen drohenden Unheils den Schrei der Empörung in den Hals zurückknirschen kann, hat kein Gefühl im Leibe. Das heldische, arbeitsstüchtige Volk Deutschösterreichs, dem das allgemeine Kulturgut der Menschheit hohe Werte zu danken hat, ist trotz seiner Herzensangst nicht so niedergedrückt, trotz aller Entbehrung und Not nicht so erschlaft, daß ihm Ehre und Würde abhanden kommen konnten. Aus tiefster Lebensnot rufen wir darum die Entrüstung über so viel uns zugemutetes Unrecht, über so viel uns zugewendete Gewalttätigkeit in alle Welt hinaus. Mag den Vernichtungsschauern des grauenhaften Erschöpfungskrieges auch unsagbar vieles zum Opfer gefallen sein, das allen Völkern heilige Empfinden für Gerechtigkeit, das, was man gemeinlich das Gewissen nennt, muß nach der Sintflut des Verderbens in die aufbauende Zukunft unberührt hineinwirken.

Hohes Haus! Die Deutschen des einstigen Habsburgerreiches haben sich, freilich vielfach mißleitet und mißbraucht, an den früheren Staat bis zum Selbstverzicht hingeeben und alles in sich lebendig gemacht, was zur Vervollendung des großen Kulturwerkes für ein weitaußergreifendes Gemeinwesen erforderlich ist. Die Völker, die jetzt unsere deutsche Heimat im Norden und im Süden zerstückeln und verstümmeln, hatten davon wahrhaftig ihren reichbemessenen Gewinn. Und nun sollen sie, mit denen wir solange im engsten Wirtschaftsverbände lebten, sie, die mit Alpen-, Donau- und Süddeutschen im Dienste eines gemeinsamen Staates ins Feld gezogen sind, nun sollen just sie jene das deutsche Leben gefährdende Schwere, jene geradezu vernichtende Einwirkung der Friedensbedingungen wider uns verstärken helfen? Der werktätige Glaube an die Notwendigkeit rastloser Arbeit soll uns erlösen aus den schweren Fiebernöten, von denen unser Volkskörper gerüttelt und geschüttelt wird, soll uns eine

neue Wirtschaft bringen, an der wir gesunden können. Aber wie soll uns die Kraft, der Mut zur Arbeit erwachsen, wenn man uns in der innersten Lebensfähigkeit zerstörend treffen will? Der mörderische Vertrag von St. Germain bringt unsere junge Republik nicht nur in eine vollständig bevormundete Abhängigkeit von einem fremden, geradezu feindlichen Willen, er verhängt über uns, da seine einschneidenden Bestimmungen geradezu aller Natur und Entwicklung wirtschaftlich, verkehrspolitisch und geschichtlich gewordener Verhältnisse zuwiderlaufen, ein Unglück ohnegleichen, dem eine aufrichtende Macht niemals beschieden wäre. Und zu alledem kommt überdies, daß wir jenen Teil der Friedensgrundsätze noch gar nicht kennen, der über die finanzielle Last, die uns aufgebürdet werden soll, den gesamten Überblick gibt.

Hohes Haus! Vergeblich haben wir auf die Gewalt guter Gründe und klarer Rechtsverhältnisse vertraut. Jegliche Verkehrshoheit ist verloren, die Handelspolitik wird diktiert, eine einseitige Meißbegünstigung den sogenannten Sukzessionsstaaten eingeräumt und den slawischen Minderheiten in Deutschösterreich ein Schutz zuerkannt, den die Nachbarvölker für die Deutschen in ihren Bereichen als Eingriff in die Staatshoheit entschieden zurückgewiesen haben. (Rufe: „So ist es!“) Wie man uns allein die Sünden des alten Habsburgerreiches entgelten lassen möchte, so scheint man auch gleichzeitig aus unseren Gauen ein Altösterreich im Kleinen mit allen schlimmen Voraussetzungen für den zerstörenden Völkerhader zustandebringen zu wollen. Solche Anschläge auf unsere deutsche Muttererde lehnen wir mit aller Stärke ab und stellen ihnen ausdrücklich das feierliche Gelöbniß entgegen, daß wir an der tausendjährigen Gemeinschaft mit allem deutschen Land unverbrüchlich festhalten. Die sichersten Besitztümer eines Volkes sind immer die unverlierbaren seiner Geschichte und seines eigensten Wesens. Sie müssen lebendig erfasst werden und uns vor völkischer Entartung und vor der Verleugnung des echten Volkswesens behüten.

Hoher Landtag! Von den materiellen Bestimmungen der geplanten Friedensvereinbarungen hebt sich in besonderer Härte auch jener Artikel 49 hervor, nach welchem alles deutschösterreichische Eigentum in den Sukzessionsstaaten glattweg zurückgehalten und liquidiert werden darf, wofür dann Deutschösterreich die Entschädigung leisten soll; für die Verpflichtung der Schuldenzahlung an die Staatsbürger der neuentstandenen Reiche wird hingegen ein eigener günstiger Umrechnungskurs konstruiert, der die in Betracht kommenden Vermögensschaften verdoppelt.

Und wie, Hohes Haus, verfährt der beabsichtigte Gewaltfriede mit unserem altersebenen Heimatboden in Nord und Süd? Kein Wort griffe zu hoch, um diese Rechtsverletzungen mit dem gebührenden Namen zu nennen! Wie soll ein derartiger Torso, ein so verstümmelter Volkskörper, seinen lebenswichtigen Verrichtungen und seinen schweren Friedensverpflichtungen nachzukommen vermögen. Wir sollen ja verzichten auf ganz Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesien, auf unsere reichsten Industriegebiete; wir sollen preisgeben Teile von Niederösterreich und Deutschsüdtirol mit Meran, Bozen, Brigen und dem Pustertal. Das eng mit uns verbundene Nachbarland Kärnten mit seiner deutschen Hauptstadt Klagenfurt und dem Wörthersee soll eine Beute jugoslawischen Raubes werden. Für uns Steirer schiebt man den Balkan bis zur Drau, bis zur Mur herauf: Marburg, Radkersburg, Pettau, Mahrenberg, Cilli, das ganze fruchtbare gesegnete Sonnen- und Rebenland soll der Steiermark verloren gehen. Man entreißt uns die Wasserkraft der Drau, die Bahnlinie nach Kärnten und Tirol. Rund 80.000 Deutsche Untersteiers will man in unserem südlichen Nachbarstaate versinken lassen, wo eine leidenschaftliche Pogromstimmung gegen alle Angehörigen unseres Volkes geschürt wird. Mit der gestählten Gewalt unserer Treue, mit jedem Schlage unseres Herzens, stehen wir vor allem für unsere so schwer bedrängten Heimatgenossen ein und fordern, daß die in Betracht kommenden Gebiete aus der brutalen Umklammerung und aus der erbitterten Erpressung befreit werden. Wo bliebe sonst die viel gehörte sittliche Verantwortung der Ententegewaltigen, auf die sie sich während des ganzen Krieges so viel zugute taten! Wir verlangen die unbeflügelte Volksabstimmung, die natürlich nicht im Schatten der Bajonette des Generals Majster, sondern nur unter dem vollen Schutze einer neutralen Macht durchgeführt werden kann. Und das wahre, echte Gepräge des ganzen Gebietes, wie es sich anfangs November zur Zeit des Umsturzes bot, ist vorher wieder herzustellen.

Hohes Haus! Die Gruppe der Abgeordneten, für die ich zu sprechen habe, der Landtagsverband des steirischen Bauernbundes, ist für die schärfste Zurückweisung der Friedensvorschläge von St. Germain, die nur Ruinen hinterlassen würden, aus denen niemals ein neues Leben erblühen könnte. Und wir sind fest davon überzeugt, daß diese Kundgebung von der gesamten Wählerschaft, deren Vertrauen uns hieher entsandt hat, mit eindringendem Verständnisse mitempfundene wird. Durch diese Erklärung haben wir

aber nicht nur für uns, sondern für die Zukunft ferner Geschlechter, für die Freiheit und wirtschaftliche Erhaltung von Millionen Menschen, ja überhaupt für die Ruhe und den Frieden der Welt gesprochen. (Lebhafte Heilrufe, Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Es liegt vor, nachstehender dringlich zu behandelnder Antrag der Abg. Doktor **Ahrer, Pongraf, Dr. Klusmann** und Genossen. (liest):

1. Der steiermärkische Landtag erhebt gegen die Bestimmungen des Friedensentwurfes von Saint Germain als für Deutschösterreich und Steiermark vollständig unannehmbar feierlichst Protest, da der Entwurf 80.000 Deutsche Steiermarks der nationalen Fremdherrschaft überliefert, weite Gebiete deutschen Landes, blühende deutsche Städte und Märkte unserem Volke entreißen will.

2. Das Staatsamt des Außern wird dringend ersucht, diesen Protest der Steiermark nicht nur der Friedensdelegation in St. Germain und den alli-

(Schluß der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.)

ierten Mächten, sondern auch den neutralen Staaten zur Kenntnis zu bringen.

3. Der steiermärkische Landtag ersucht das Staatsamt des Außern unbedingt darauf zu dringen, daß im kritischen Teile des deutschen Landes eine Volksabstimmung unter Aufsicht und Leitung einer neutralen oder gemischtnutralen Kommission, frei von jedweden Einflüsse, mit Stichtag 1. November 1918 durchgeführt werde.

Hat zu diesem Antrage beziehungsweise zu dessen dringlicher Behandlung jemand etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, so bringe ich den Antrag zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die für den Antrag sind, sich zu erheben. (Geschicht.)

Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen ist.

Ich schließe die Sitzung und vertrage den Landtag. Die nächste Sitzung wird den Abgeordneten schriftlich bekanntgegeben werden.